

konzerne aufgebracht werden. Hinzu kommen steigende Steuerlasten und sinkende Absatzmöglichkeiten auf Grund billiger Einfuhren. Die Verschuldung der westdeutschen Bauern ist 1959/60 auf fast zwölf Milliarden D-Mark gestiegen.

Diese Tatsachen zeugen keineswegs davon, daß der Wirtschaftswunder-Wohlstand für alle Schichten des Volkes ausgedrohen ist. Vielmehr tut sich auch hinsichtlich der Landwirtschaft eine ziemliche Kluft zwischen der Handvoll Monopole und der Masse der Bauernschaft auf.

Die städtische Klein- und Mittelbourgeoisie ist gleichermaßen von dem Treiben der Monopole betroffen.

Von Haien geschluckt

Im westdeutschen Handwerk zum Beispiel gingen von 1950 bis 1958 etwa 150 000 Betriebe kaputt. Sie wurden von den kapitalistischen Haien geschluckt. Der Anteil am Umsatz des gesamten produzierenden Gewerbes ging von 27 Prozent im Jahre 1935 auf etwa vierzehn Prozent 1958/59 zurück. Während die Industrie bis Mitte 1959 ziemlich die Hälfte aller gewährten Kredite bekam, erhielten das Handwerk zusammen mit dem Handel und der Fremdenverkehrswirtschaft nur etwa 3,3 Prozent. Eine ständig weiter vor sich gehende Ruinierung ist angesichts dieser Tatsachen unausbleiblich.

Und die mittleren kapitalistischen Unternehmen, wie steht es mit denen? Die Zahl der niederkonkurrierten mittleren kapitalistischen Unternehmen ist nicht genau feststellbar, weil die großen Konzerne diese Betriebe trotz Eingliederung oftmals unter dem alten Firmennamen Weiterarbeiten lassen. Aber im Zuge der Konzentration der Produktion und des Kapitals bleiben immer mehr dieser Unternehmen in Westdeutschland auf der Strecke. So verwundert es nicht, daß im Mai 1959 die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer in Westdeutschland den Angstschrei ausstieß: „Die Konzentration in jeglicher Form ist gesetzlich nicht zu begünstigen oder zu privilegieren.“ Das sagt nur, wem das Wasser bis an die Kehle steht. Von wirtschaftlicher Solidität kündigt dieser Satz jedenfalls nicht.

So greift eins ins andere. Ganze Schichten der Nation — die Arbeiterschaft, die Masse der Bauern sowie die städtische Klein- und Mittelbourgeoisie — stehen in der Tat einer kleinen Handvoll Monopolisten gegenüber. Diese Monopolisten werden in Westdeutschland im wesentlichen durch die Nachfolgekonzerne von IG-Farben sowie Flick, Krupp, Thyssen, Mannesmann, Hoesch, Haniel, Klöckner, Siemens, AEG, einige Großbanken und weitere mächtige Unternehmen verkörpert.

Die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter, die wachsende Ruinierung der Bauern sowie die Liquidierung von Handwerks- und mittleren Kapitalisten stellen jedoch nur einen Teil der Fakten dar, die zur Verschärfung der Widersprüche führen. Der andere Teil ergibt sich aus der Militarisierung der Wirtschaft und des gesamten öffentlichen Lebens. Militarisierung — das sind Rüstungsaufträge. Rüstungsaufträge aber bedeuten steigende Gewinne für die großen Monopole. Dabei schenken die im Staatsapparat sitzenden Vertreter der Konzerne ihren Auftraggebern die größten Aufträge zu.

Von den 18 Ministern der gegenwärtigen Bundesregierung sind 12 direkte Vertreter von Bank- und Industriekonzerne, des Großgrundbesitzes und der Unternehmerverbände. Die westdeutschen Großkonzerne verfügen ferner über 85 offizielle Abgesandte im Parlament.

Fein demokratisch getarnt wird von ihnen die unvermeidlich bevorstehende Einschränkung des Massenverbrauchs zugunsten eines sprunghaft wachsenden Rüstungsbudgets organisiert. Das Rüstungsbudget ist von 5,2 Milliarden 1955/56 auf 14 Milliarden 1959/60 gestiegen und soll 1961 etwa 23 Milliarden D-Mark betragen.

Folgen der Militarisierung

Hier trifft zweierlei zusammen: die unmittelbare Bedrohung der physischen Existenz der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Last, die ihr durch die Militarisierung aufgebürdet wird. (Wef anders als die Bevölkerung soll die gewaltigen Mittel für die Rüstung aufbringen?)